

Darf man noch frei denken und Israel kritisieren? (2)

„Jeder von uns hat immer und überall die Wahl sich auf die Seite der Ja-Sager und Mitläufer oder auf die Seite der Kämpferinnen und Kämpfer für Gerechtigkeit, Frieden und Humanismus zu stellen“

Nirit Sommerfeld: Laudatio anlässlich der Überreichung des Göttinger Friedenspreises an die *Jüdische Stimme für Gerechten Frieden in Nahost*

In europäischen Nachbarländern wird jetzt schon die IHRA-Definition gebraucht um Kritik und friedlichen Protest einzuschränken und gar zu kriminalisieren. In Großbritannien werden inzwischen israelkritische Veranstaltungen mit Verweis auf diese neue Antisemitismus-Definition untersagt. In der Bundesrepublik, welche ebenfalls die Definition angenommen hat, wurden inzwischen 90 öffentliche Veranstaltungen verboten oder bereits zugesagte Veranstaltungsorte zurückgezogen. Die Verbote richten sich immer mehr auch gegen Israelis oder Juden, die sich der israelischen Politik gegenüber kritisch äußern. In Göttingen wurde kürzlich versucht mit massivem Druck die Verleihung des Göttinger Friedenspreises an die Organisation *„Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“* zu verhindern: Stadt, Uni, Sparkasse und Kirchen machten Veranstaltungsorte dicht, dies auf Druck der Israelischen Botschaft, des Zentralrates der Juden und gar des kürzlich ernannten Bundesbeauftragten gegen Antisemitismus. Bürger sehen sich gezwungen vor Gerichte zu gehen um ihr Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen. Ein Bankkonto der genannten jüdischen Friedensorganisation wurde gar zeitweise geschlossen. Unter anderem hatte der US Botschafter in Berlin in Person die Kündigung des Kontos bei der Bank für Sozialwirtschaft gefordert (Jerusalem Post, 6. März 2019).

Die offizielle Begründung für Verbote lautet meist, die Redner würden den BDS Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft unterstützen (BDS steht für Boykott, Desinvestment, Sanktionen). Die internationale BDS Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt mit gewaltfreien Mitteln Druck auf Israel auszuüben um seine völkerrechtswidrige Politik zu beenden und einen Ausweg zu finden aus einer zerstörerischen und selbstzerstörerischen Sackgasse. BDS ist das Mittel der Schwachen, der Bürger, wenn diese das Gefühl haben, dass die politischen Instanzen versagen. Und die versagen! Zwar betonte Im März 2018 Frederica Mogherini im EU Parlament, dass die Charta der Grundrechte der EU allen Bürgern Meinungsfreiheit, inklusiv BDS Aktionen, erlaubt. Doch die israelische Regierung über ihren Minister Gilad Erdan drohte *„die BDS Bewegung weltweit mit allen verfügbaren politischen, geheimdienstlichen und sonstigen Mitteln und durch zivile Attentate zu eliminieren“* - das Zitat kann nachgelesen werden auf offiziellen israelischen Webseiten.

Im Januar 2018 veröffentlichte Israel eine schwarze Liste von 20 Organisationen die sich für Menschenrechte auch für das palästinensische Volk einsetzen und

dabei die BDS Bewegung unterstützen, darunter die *ECCP* (ein europäisches Bündnis dem auch das Luxemburger *CPJPO* angehört), die *AFPS*, die *Jewish Voice for Peace* oder das *American Friends Service Committee*, welches dank seiner Unterstützung an Nazi Opfer 1947 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war. Den Mitgliedern dieser 20 Organisationen wird der Zugang zu Israel und Palästina in Zukunft untersagt – inklusiv Juden, welche sich im Namen jüdischer Werte gegen Unrecht engagieren und oft Familie in Israel haben.

Das israelische *Ministerium für strategische Angelegenheiten und Hasbara*, 2006 vom rechtsextremen Avigdor Liebermann gegründet und mit viel Geld und Personal ausgestattet, bezichtigt weltweit kritische Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen des Antisemitismus und der „*De-Legitimierung*“ Israels, wie es heißt, und bezeichnet sie polemisch als „*Netzwerk des Hasses*“. Eine israelische Cyber-Abteilung hat zur Aufgabe auf Internet die israelische Narrative zu verbreiten und kritische Stimmen zu unterbinden, dies in Zusammenarbeit mit Internetriesen wie Facebook, YouTube oder Twitter welche immer häufiger Inhalte entfernen und Nutzer sperren lassen, mit dem Ergebnis das palästinensische Volk noch weiter von der Außenwelt abzuschneiden. In Israel selbst riskiert man inzwischen wegen eines Gedichtes eingesperrt zu werden; das hat die die junge Dareen Tatour erfahren welche zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, bloß weil sie ein Gedicht geschrieben und gepostet hatte. Die Palästinensische Autorität unter Mahmud Abbas geht übrigens nicht weniger repressiv gegen sogenannte Meinungsdelikte vor.

Eine Dokumentationsserie von *Al-Jazira* enthüllt die Methoden der Israel Lobby in den USA und Großbritannien. Einem jungen britischen Juden gelingt es das Vertrauen der pro-israelischen Organisationen in den USA zu gewinnen und mit versteckter Kamera ihre Methoden direkt aus dem Munde ihrer führenden Persönlichkeiten zu erfahren. So erfährt man wie die Israel Lobby Bürger in anderen Staat ausspioniert um sie besser diffamieren zu können und ihrer beruflichen Karriere zu schaden - und das mit Hilfe des israelischen *Ministeriums für strategische Angelegenheiten*. So sieht und hört man Noah Pollak, Direktor des *ECI (Emergency Committee for Israel)* in Person erklären: „*Um die Botschaft zu diskreditieren, muss man den Botschafter diskreditieren. Wenn ihr von BDS sprecht, müsst ihr sagen, dass es eine Gruppe ist, die sich einsetzt für Hass und Gewalt gegen Zivilisten, eine Bewegung, die den Terrorismus unterstützt*“. Unter dem zu erwartenden Druck hat der Sender aus dem Qatar die Ausstrahlung der Serie auf ungewisse Zeit vertagt, man kann sie jedoch mit französischen Untertiteln auf Internet finden.

In einer demokratischen Gesellschaftsordnung trägt die Politik die Verantwortung die Meinungsfreiheit der Bürger zu garantieren - genauso übrigens wie die Transparenz des Finanzsystems. In einer Welt wo die Netanyahu, Trump, Orban, Bolsonaro und andere dabei sind unser Demokratie Verständnis sowie das Völkerrecht zu sprengen, ist es zu hoffen, dass die Luxemburger Abgeordneten sich der Tragweite der von der IHRA promovierten Antisemitismus-Definition bewusst sind. Wollen sie der Zivilgesellschaft, den Journalisten und nicht zuletzt sich selbst und ihrer eigenen Regierung einen Maulkorb aufsetzen ... womöglich aus Angst nicht selbst des Antisemitismus bezichtigt zu werden? Angst ist kein guter Ratgeber. Anstatt Hilfe im

Kampf gegen echten Antisemitismus wird diese „Arbeits-Definition“ wohl eher den Antisemitismus fördern. Herr Kartheiser, Gesinnungsfreund der oben genannten Staatschefs, welcher gute Beziehungen zu Netanyahus Partei pflegt, hat gezeigt wie man innerhalb und außerhalb des Parlamentes engagierte Luxemburger Bürger als Antisemiten diffamieren kann.

„Mir hunn awer a leschter Zäit festgestallt, an dat kënnt och an allen Etüden eraus, datt vill Leit hiren Antisemitismus hanner enger anti-israelescher Kritik, hanner Antiisraelismus verstoppen. Dat selwecht gëllt fir den Zionismus“, sagte am 4. März der Luxemburger Ambassadeur plénipotentiaire bei der IHRA, Georges Santer, in einem Radio 100,7 Interview. Das sind in diesem Kontext sehr unglückliche Worte. War Martin Luther King etwa ein anti-Weißer Rassist als er zum Boykott der Busse in Montgomery aufrief; waren wir damals Anti-Weiße Rassisten als wir aus Protest gegen das Apartheid-Regime keine südafrikanischen *Outspan* Orangen kauften, oder gar von anti-US amerikanischen Ressentiments getrieben als wir gegen den Vietnam Krieg auf die Straße gingen? Antisemitismus ist ein Verbrechen und dafür gibt es glücklicherweise schon Gesetze. Zionismus ist eine Ideologie und man darf gegen diese Ideologie sein ohne dafür ein Antisemit zu sein. Oder ist die große Mehrheit der Juden vor dem 2. Weltkrieg, die nichts auf dem Hut hatten mit Zionismus, alle Antisemiten gewesen?

Und ich möchte noch etwas ganz Persönliches hinzufügen: Ich stamme von zwei Eltern, die beide traumatisierende Kriegserlebnisse in die Ehe mitbrachten, nachdem sie und ihre Familien sich geweigert hatten Mitläufer der Nazi Besatzung Luxemburgs und der Sprache des Dritten Reiches zu sein. Das hat wohl dazu beigetragen, dass ich mich als Bürger oft gegen Unrecht weltweit einsetzte und dabei gewiss anderen Menschen nie durch die Brille ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit begegnet bin. Und doch wurde ich, wie viele andere, im Hinblick meines Engagements regelmäßig des Antisemitismus bezichtigt, nicht zuletzt auch von der nahen Familie eines Luxemburger Regierungsmitgliedes. Es gibt Luxemburger Familien, gerade auch jüdische, mit noch viel schrecklicheren Erfahrungen aus dieser dunklen Zeit und ich habe tiefen Respekt vor solchen Wunden. Wunden zu heilen ist eine Herausforderung der Gemeinschaft und auch jedes Einzelnen. Es steht dabei jedem an, universelle Lehren aus der Geschichte zu ziehen, die Internationale Charta der Menschenrechte steht für alle Menschen. Und wenn die UNO dem Staat Israel tagtägliche Menschenrechtsverletzungen, ja Kriegsverbrechen und mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwirft, so ist das nicht wegen eines etwaigen Antisemitismus – auch nicht dann, wenn Israels Regierung das so darstellen möchte.

Claude Grégoire